Expedition: Herrenstraße № 20. außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung.

Mittagblatt. Dinstag den 15. Februar 1859. Nr. 76.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr. An der Börse versicherte man, daß die Konferenzen demnächst beginnen würden. Die 3proz. eröffnete zu 68, 35, wich auf 68, 20 und schloß nach einigen Schwankungen zur Notiz.

Schluß-Course: 3pCt. Rente 68, 35. 4½pCt. Rente 97, 50. 3pCt. Spanier 40. 1pCt. Spanier 30. Silber-Anleihe 85¾. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 555. Kredit-mobilier-Aktien 782. Lombardische Eisenbahn-Aktien 521. Franz-Joseph 505.

London, 14. Februar, Nachmittags 2 Uhr. Silber 61¾.

Consols 95¼. 1proz. Spanier 30. Mexikaner 19⅞. Sardinier 79½. 5proz. Russen 112¾. 4½proz. Russen 100.

Der Dampfer „La Plata" hat heute um 2 Uhr Nachmittags Hurst Castle passirt.

Wien, 14. Februar, Mittags 12 Uhr 45 Min. Course behauptet. — Neue Loose 98, —.

5proz. Metalliques 77, 60. 4½proz. Metalliques 69, 50. Bank-Aktien 936, —. Nordbahn 172, 30. 1854er Loose 108, 50. National-Anlehen 80, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 231, 50. Kredit-Aktien 212, 30. London 105, —. Hamburg 79, 50. Paris 41, 70. Gold 104, —. Silber —, —. Elisabetbahn 120, —. Lombardische Eisenbahn 94, —. Neue Lomb. Eisenbahn 103, —.

Frankfurt a. M., 14. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Oesterreichische Fonds in Folge mehrfacher Verkäufe matter, sonst wenig Veränderung.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbacher 145½. Wiener Wechsel 111⅛. Darmst. Bank-Aktien 219. Darmstädter Zettelbank 225. 5proz. Metalliques 71½. 4½proz. Metalliques 63¾. 1854er Loose 101¼. Oesterreichisches National-Anleben 73⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 255. Oesterreich. Bank-Antheile 1037. Oesterr. Kredit-Aktien 234. Oesterreich. Elisabet-Bahn 170¼. Rhein-Nahe-Bahn 55½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. —. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 14. Februar, Nachmittags 2½ Uhr. Flaue Stimmung fortdauernd.

Schluß-Course: Oesterreich.-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien —. National-Anleibe 74¾. Oesterr. Credit-Aktien 99½. Vereins-Bank 98¼. Norddeutsche Bank 84. Wien —, —.

Hamburg, 14. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärts pro Frühjahr stille. Roggen loco fest, ab auswärts nominell. Oel unverändert, stille. Kaffee fest, 5000 Sack Santos à 4⅞ bis 6, und 2000 Sack Rio verkauft. Zink 500 Ctr. à 14 7/32 umgesetzt.

Liverpool, 14. Februar. [Baumwolle.] 12,000 Ballen Umsatz. — Preise ⅛ höher als am vergangenen Freitag.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

L. C. C. Dreizehnte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Flottwell, v. Bethmann-Hollweg, v. d. Heydt, v. Schleinitz, v. Bonin, v. Patow, Graf Pückler.

Auf der Tagesordnung steht die Präsidentenwahl für die übrige Dauer der Session. Es werden 293 Stimmzettel abgegeben. Davon erhalten Graf Schwerin 249, v. Arnim-Heinrichsdorff 36 Stimmen, Bloemer, Diesterweg und Cottenet je eine Stimme; ungiltig sind fünf Stimmzettel. Der Vice-Präsident Mathis proklamirt das Resultat der Wahl; Graf Schwerin ist demnach für die ganze Dauer der Session zum Präsidenten erwählt. Er nimmt die Wahl an, indem er dem Hause für das ihm geschenkte Vertrauen dankt, und erklärt, er werde sich nach wie vor bemühen, dem Hause gegenüber seine Schuldigkeit zu thun.,

Bei der Wahl des ersten Vice-Präsidenten werden 292 Stimmzettel abgegeben; davon sind ungiltig 6 Zettel. Es erhalten Reichensperger (Köln) 153, Bloemer 73, v. Arnim-Heinrichsdorf 47, Mathis (Barnim) 14, Grabow 3 Stimmen und die übrigen zersplittern sich. Die absolute Majorität beträgt 147 Stimmen. Der Abg. Reichensperger ist demnach mit 6 Stimmen über die absolute Majorität erwählt. Er nimmt die Wahl an, indem er für das ihm geschenkte Vertrauen dankt. — Es folgt die Wahl des zweiten Vice-Präsidenten. Es sind 291 Stimmzettel abgegeben, darunter ein unbeschriebener und sechs ungiltige. Die absolute Majorität beträgt 146 Stimmen; davon haben erhalten: der Abg. Mathis (Barnim) 233 Stimmen, der Abg. v. Arnim-Heinrichsdorff 47, die Abgeordneten Flügel 3, Grabow, Dr. Cottenet und Diesterweg je 2 Stimmen. Der Abg. Mathis ist somit zum zweiten Vice-Präsidenten gewählt; er nimmt die Wahl an, dankt für das ihm von neuem bewiesene Wohlwollen und erneuert die bei seiner Wahl vor vier Wochen gegebenen Versprechungen.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung über Petitionen. Nachdem über die, nur persönliche Ansprüche betreffende Petition des Steueraufsehers a. D. Müller zu Düsseldorf der Uebergang zur Tagesordnung ohne Diskussion beschlossen worden, kommt die Petition von mehr als 300 Einwohnern von Stettin zur Berathung, welche dem Wasserarzt Viek zu Eckerberg bei Stettin die Erlaubniß zu wasserärztlichen Kuren außerhalb seiner Anstalt ertheilt zu sehen wünschen. Die Kommission beantragt Tagesordnung, weil „dem Hause die Mittel fehlen, über das Gesuch der Petenten einen sachverständigen Ausspruch zu thun." — Abg. v. Rosenberg-Lipinsky beantragt dagegen, die Petition dem Ministerium zur Berücksichtigung zu überweisen. Es seien allmälich Erfahrungen genug zu Gunsten der Wasserheilmethode gesammelt worden. Der Redner schließt: „Helfen Sie dahin wirken, meine Herren, daß jeder nach seiner Façon Gesundheit und Wohlsein erlangen könne."

Nachdem der Abg. Dr. Hahn und der Referent Abg. Nemitz für den Kommissionsantrag gesprochen haben, wird derselbe fast einstimmig angenommen.

Bei der Petition des Försters Weinberg, die Frage der kirchlichen Einsegnung bei einer Wiederverheirathung Geschiedener betreffend, hat die Kommission Ueberweisung an die Regierung „in der Erwartung" einer gesetzlichen Regelung beantragt.

Abg. Rohden will eine mit Beziehung auf die neulich vom Cultusminister gegebenen Erklärungen motivirte Tagesordnung; der Berichterstatter Dr. Jonas beharrt bei dem Antrage der Kommission, da nicht abzusehen sei, warum trotz jener, eine gesetzliche Regelung der Frage verheißenden Erklärungen nicht nochmals die Erwartung ausgesprochen werden solle, „dieselbe werde gesetzlich die Form dafür schaffen, daß Geschiedene das ihnen gesetzlich gewährte Recht der Wiederverheirathung unabhängig davon, ob die Kirche ihren Segen dazu geben oder versagen will, auch auszuüben vermögen." Die Abstimmung über den Rohden'schen Antrag, die zweifelhaft erscheint, muß durch Zählung entschieden werden; diese ergiebt die Ablehnung desselben mit 161 gegen 127 Stimmen. Für den Antrag stimmen die Minister, die Katholiken, die Polen, die Fraktionen v. Blankenburg und v. Arnim; gegen denselben die gesammte Rechte (auch die Abgg. Schmückert, v. Rosenberg-Lipinski). Der Kommissions-Antrag wird darauf angenommen.

Einige Petitionen rein persönlichen Inhalts werden ohne Diskussion durch den Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Es folgt die Petition aus Düsseldorf, betreffend die Sonntagsheiligung. Die Abgeordneten v. Salviati, v. Eynern und Dr. Jonas beantragen die Vertagung der Debatte, bis die denselben Gegenstand betreffenden anderen Petitionen vorlägen, wesentlich aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Abg. v. Vincke (Hagen) — Vorsitzender der Petitions-Kommission — sieht keine Veranlassung dazu, da die meisten diesen Gegenstand betreffenden Petitionen mit denselben Worten nur dasselbe sagten.

Abg. Mathis (Barnim) führt als äußerlichen Grund für die Vertagung die vorgerückte Zeit an, da die Debatte voraussichtlich mehrere Stunden in Anspruch nehmen würde. — Der Antrag auf Aussetzung der Debatte, für welchen sich auch der Refer. Schultz (Herford) erklärt, wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. — Die Petition des Partik. Radcke wegen verweigerter Schankconcession — Petent hat früher eine „Wirthschaft" gehalten und soll deshalb, obgleich er dazu von der Polizei „animirt" sein will, nicht mehr unbescholten und zuverlässig sein — will die Kommission der Regierung zur Berücksichtigung überweisen; der Abg. Lartz und Genossen beantragen Tagesordnung; der Berichterstatter Abg. Veit läßt dem gegenüber den Kommissions-Antrag fallen, und die Tagesordnung wird ohne Diskussion angenommen.

Die Petition des Kaufmann Rodeck in Gransee — Beschwerde wegen verweigerter Concession für eine Gastwirthschaft, nachdem die Eröffnung der Aussicht dazu Petenten zum Ankauf eines bisher berechtigten Grundstücks zu hohem Preise veranlaßt hat — will die Commission der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Mätzke für Tagesordnung, wesentlich wegen der Lage des betreffenden Grundstücks nahe bei der Kirche, und weil es wünschenswerth sei, möglichst wenig Gastwirthschaften zu haben.

Abg. v. Vincke (Hagen) hält den Commissions-Antrag aufrecht, weil die Lokalverhältnisse nach den einstimmigen Zeugnissen von vier dortigen Behörden durchaus für die Sache des Petenten sprächen. Die Nähe der Kirche sei kein Gegengrund, da es den Kirchgängern vom Lande bei Regenwetter sehr willkommen sei, sich erst im warmen Zimmer nahe der Kirche trocknen zu können.

Abg. Contzen ebenfalls für den Commissions-Antrag: Sonntags bei dem Gottesdienste könnten ja solche Lokale geschlossen werden.

Der Reg.-Kommissar macht dagegen geltend, daß in Gransee gegenwärtig, obgleich in den letzten Jahren manche Schanklokale geschlossen seien, immer noch auf 180 Seelen ein solches Lokal komme; im Ganzen seien in der Monarchie letzthin 1400 Schanklokale geschlossen; durch Annahme des Commissions-Antrages würde man die Inhaber aller dieser 1400 Lokale zu Reklamationen beim Landtage veranlassen. Uebrigens sei es bedauerlich, daß die Regierung von den Petitionen und dem ihnen beigegebenen Material durch die Petitions-Commission nicht genauer in Kenntniß gesetzt werde; dies habe zur Folge, daß die Reg.-Commissarien häufig nicht hinlänglich informirt seien.

Abg. v. Vincke (Hagen). Wenn die Petitionen und ihre Beilagen der Regierung etwa in Abschrift zugestellt werden sollten, so würde die Petitions-Commission ihre Arbeit nicht früh genug bewältigen können; übrigens empfange die Regierung schon durch die Mittheilung des Gegenstandes der Petition nebst dem Namen des Petenten hinlängliche Kenntniß, so daß sie sich aus ihren Akten Information verschaffen könne. Auch seien die Regierungs-Commissarien bisher noch immer, mit einer einzigen Ausnahme, hinlänglich informirt gewesen.

Der Präsident verspricht, dem Wunsche der Regierung nach genauerer Mittheilung des in den Petitionen enthaltenen Materials in einer die Regierung und das Haus zufriedenstellenden Weise Genüge zu leisten.

Nachdem der Minister des Innern gegen den Antrag der Commission gesprochen, stellt der Abg. Graf Lehndorff einen förmlichen Antrag auf Tagesordnung. Das Ansehen der Behörden müsse aufrecht erhalten werden. Der Redner schildert lebhaft die Uebelstände des Kneipenverkehrs in der Nähe einer Kirche.

Abg. v. Puttkammer: Es frage sich, ob Gransee zur 3. oder 4. Gewerbesteuer-Abtheilung gehöre, da es davon abhänge, ob der Magistrat oder der Landrath die Concession zu ertheilen habe.

Regierungs-Commissar: Gransee gehört zur dritten Steuerabtheilung. Uebrigens hat die Regierung zu Potsdam die Befugnisse der Lokal-Civil-Behörden zur Ertheilung solcher Concessionen zeitweilig suspendirt und sich selbst die Entscheidung vorbehalten. (Sensation. Oho!)

Abg. Contzen: Er habe eben deshalb das Wort ergriffen, um die Aufmerksamkeit der gegenwärtigen Regierung auf die Uebergriffe zu lenken, welche unter dem früheren Regime gerade auf diesem Felde und unter dem Vorwande, auf die Verminderung der Schankwirthschaften hinzuwirken, begangen worden seien. (Bravo.) So habe in Aachen, das doch weder zur 3. noch zur 4. Steuer-Abtheilung gehöre, sondern eine Stadt von 56,000 Einwohnern sei — der Redner ist Bürgermeister von Aachen — die Regierung angeordnet, daß keine Schank-Concession, deren Ertheilung eigentlich dem Polizei-Director zugestanden habe, ohne ihre, der Regierung, besondere Einwilligung ertheilt werden solle. (Sensation. Hört! Hört!) Man könne sich des Lobes, die Zahl der Schankstätten hätte sich vermindert, nicht erfreuen, wenn es mit den Thränen der Wittwen und Waisen erkauft sei.

Abg. v. Sänger: Gerade die letzte Aeußerung des Regierungs-Commissarius veranlasse ihn, auf das dringendste die Annahme des Commissions-Antrages anzuempfehlen. Die Ertheilung von Gewerbe-Concessionen sei wohl der wundeste Fleck gewesen, unter welchem man unter dem vorigen Regime zu leiden gehabt habe (Murren links). Die Autorität der Behörden habe gelitten, da letztre häufig mit den bestehenden Gesetzen im Widerspruch gestanden hätten. Gerade um diese Autorität zu heben, müsse das Haus den Commissions-Antrag annehmen.

Abg. Burghart möchte erst aufgeklärt sehen, wie es sich mit der Zurückziehung der früheren Konzession und dem Versprechen der Erneuerung verhalte.

Ref. Brämer: Die Konzession sei allerdings vor der Subhastation des betreffenden Grundstückes zurückgenommen, aber der Bürgermeister habe nicht nur dem Petenten, sondern allen Bietern die Erneuerung der Konzession in Aussicht gestellt; für den Petenten und daher für den Kommissions-Antrag sprechen also die Billigkeit.

Die Tagesordnung wird abgelehnt, der Kommissions-Antrag mit großer Majorität angenommen. — Einige rein persönliche Petitionen (z. B. die von Girndt) werden ohne Diskussion durch Tagesordnung erledigt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. — Nächste Sitzung (ausnahmsweise) Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Die beiden ersten Berichte der Budgetkommission.

Berlin, 14. Februar. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs allergnädigst geruht: dem Regierungs-Rathe Maximilian Carl Freiherrn Raitz von Frentz zu Düsseldorf die Kammerherrnwürde; dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer Sturtzel zu Bromberg den Charakter als Rechnungs-Rath; so wie dem Fabrikanten Ferdinand Wilhelm Brunzlow zu Berlin den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen; und den seitherigen Bürgermeister Zahn zu Dortmund, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Dortmund für eine fernerweite zwölfjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Am Friedrichs-Kollegium zu Königsberg i. Pr. ist der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. C. F. W. Müller; so wie der Kollaborator Hawlitschka an dem Gymnasium zu Gleiwitz zum ordentlichen Lehrer, und der Schulamts-Kandidat Dr. Völkel als Kollaborator bei dieser Anstalt angestellt worden.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht: dem Sekretär am bischöflichen General-Vikariat-Amt zu Münster, Anton Steinbicker, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des St. Sylvester-Ordens zu ertheilen.

Berlin, 14. Februar. [Hofnachrichten.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent empfingen gestern den Minister des königl. Hauses v. Massow und den Kriegsminister v. Bonin.

— Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent arbeiteten heute mit Sr. Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern, dem Wirklichen Geheimen Rath Illaire und dem Geheimen Rath Costenoble und nahmen im Beisein des Kommandanten die militärischen Meldungen entgegen. Se. königliche Hoheit empfingen später den Minister Freiherrn v. Schleinitz.

— Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen wohnte am Sonnabend Abend dem im wissenschaftlichen Verein in der Sing-Akademie vom Professor Dr. Virchow über „Individuen und Atome" gehaltenen Vortrage bei. — Gestern Vormittag begab sich Ihre königl. Hoheit zum Gottesdienst nach der Matthäi-Kirche; die übrigen hohen Herrschaften hörten die Predigt im Dome.

— Im Palais Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Karl war gestern Nachmittag Familientafel, an welcher Ihre königlichen Hoheiten der Prinz-Regent, die Frau Prinzessin von Preußen, der Prinz und die Fran Prinzessin Friedrich Karl, die Prinzen Albrecht, Friedrich, Alexander, Georg und Adalbert, der Prinz August von Würtemberg, Ihre Hoheiten der Herzog von Nassau, der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, der Prinz Wilhelm von Baden, die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und bei Rhein und andere fürstliche Personen Theil nahmen.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist heute Früh ¼7 Uhr nach seiner bei Dresden gelegenen Villa Albrechtsberg abgereist und wird, so weit bis jetzt bestimmt, erst am 28. Februar in Begleitung Höchstseines aus Italien heimkehrenden Sohnes hier wieder eintreffen.

— Ihre Hoheiten der Fürst und die Frau Fürstin von Hohenzollern begaben sich gestern Mittag 12 Uhr, in Begleitung des Prinzen Karl von Hohenzollern, nach Potsdam und nahmen daselbst bei Sr. Durchlaucht dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern das Diner ein. Abends 7 Uhr trat Ihre Hoheit die Frau Fürstin von Potsdam aus mit dem kölner Kurierzuge die Rückreise nach Düsseldorf an, Se. Hoheit der Fürst von Hohenzollern dagegen traf um 8 Uhr, in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Karl, von Potsdam hier wieder ein.

— Ihre Hoheiten die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und bei Rhein fuhren gestern Morgen 8 Uhr nach Potsdam, meldeten sich daselbst auf der Parade und kehrten Nachmittags 2¾ Uhr, in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Karl, von Potsdam hierher zurück. (Pr. Z.)

L. C. C. **Berlin,** 12. Februar. Die Justiz-Commission des Hauses der Abgeordneten hat ihren ersten Petitionsbericht erstattet. Eine große Zahl der darin besprochenen Petitionen verlangt Eingriffe in die Rechtspflege, Revision endgiltig entschiedener Prozesse u. dgl. Die Commission beantragt für alle dergleichen Petitionen Tagesordnung. Unter den Beschwerdeführenden ist zweimal der in den letzten Jahren viel genannte Assessor Bohnstedt, bekannt durch seine Klagen gegen den Justizminister, den Generalprokurator Nicolovius in Köln, den Ober-Tribunalsrath v. Seckendorf. Das Nähere über so rein persönliche Petitionen anzugeben, wird sich bei einer etwaigen Diskussion im Hause der Abgeordneten Gelegenheit finden. — Eine Petition des C. v. Koschützki zu Groß-Wilkowitz wünscht eine neue Taxe für die Rechtsanwalte und Notare, und zwar nicht mehr nach dem Verhältniß der Höhe der betreffenden Objekte, sondern der aufgewendeten Zeit und Arbeit. Petent findet bei der jetzigen Taxe die Rechtsanwalte und Notare zu günstig gestellt gegen die Richter. Die Commission erachtet das jetzige Prinzip der Pauschquanta für zweckmäßig, eine Aenderung der bestehenden Vorschriften nach der kurzen Probe einiger Jahre nicht für gerathen, um so weniger, als vor zwei Jahren die gutachtlichen Berichte der Appellationsgerichte und der Ehrenräthe der Rechtsanwalte für Beibehaltung ausgefallen sind, und beantragt in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse des Hauses vom Januar 1857 Tagesordnung. — Eine andere Eingabe desselben Petenten will, daß der Zuschlag von 6 Sgr. zu jedem vollen Thaler von Gerichtskosten, dessen „Ermäßigung oder Aufhebung" nach dem Gesetze vom 10ten Mai 1853 eintreten soll, „sobald das Verhältniß der Staatseinnahmen es gestattet", endlich wirklich wegfalle. Die Commission findet, die Erwägung dieser Frage sei allerdings an der Zeit, und beantragt Ueberweisung an die Budget-Commission, da die Prüfung des Etats des Justizministeriums die passende Gelegenheit zur Erwägung sei. — Die Kreisgerichts-Sekretäre Blumenthal und Kropp in Wreschen haben in einer Petition die schon in den Sessionen der letzten Jahre vielfach erörterte Frage einer allgemeinen und festen Anciennetät für die Gerichts-Sualternbeamten innerhalb ihrer Appellations-Gerichts-Bezirke wieder in Anregung gebracht. Die Kreisgerichts-Sekretäre, wollen die Petenten, müßten in die innerhalb des ganzen Departements erledigten Stellen aufrücken, und in der Regel mit der höheren Stelle auch das höhere Gehalt beziehen; die Gehälter für sämmtliche Stellen sollen in Abstufungen regulirt werden. Die Motive der Petenten sind dieselben, welche für eine gesetzlich geregelte, die Unabhängigkeit sichernde Beförderung der richterlichen Beamten sprechen, während die Subalternen jetzt, wo ihre Beförderung lediglich vom Ermessen des Präsidenten des betreffenden Appellations-Gerichts abhängt, ungleich behandelt werden und ohne Garantien sind. Die Commission findet den Anspruch auf Gleichstellung mit richterlichen Beamten weder in der Sache noch in der Haltung und Stellung der Subalternen begründet; ohne die vorkommenden Ungleichheiten zu verkennen, glaubt sie doch, daß die jetzige Einrichtung besser auf den Diensteifer wirke und für wirkliche Tüchtigkeit bessere Aussichten gewähre; sie beantragt daher, wie bereits 1856 und 1757 bei ähnlichen Petitionen beschlossen worden, Tagesordnung. — Eben so wird Tagesordnung beantragt über die auf zweckmäßigere Abstufung der Gehälter der gerichtlichen Subalternbeamten gerichtete Petition von Subalternbeamten des Kreisgerichts Spremberg. Die Commission verkennt zwar nicht den Grund des Verlangens nach besseren Gehältern, ist aber auch überzeugt, daß die Regierung schon jetzt das Mögliche dafür thut.

Die neulich im Hause der Abgeordneten eingebrachte Uebereinkunft der Rheinuferstaaten vom 7. Mai 1858 über den Bau der stehenden Rheinbrücke bei Köln ist nun gedruckt ausgegeben. Die Uebereinkunft selbst, am 3. Juni v. J. ratifizirt, ist bereits bekannt. Beigegeben ist eine ausführliche Denkschrift über den Verlauf der langwierigen Verhandlungen, bei denen es sich bekanntlich an erster Stelle um die Frage handelte, ob ein Durchlaß für die Rheinschiffe in baulicher Beziehung möglich, in rechtlicher Beziehung erforderlich sei. Die in dem gekrönten Entwurf von Moorsome vorgeschlagene Durchlaß-Vorrichtung war zwar „an sich sinnreich gedacht", aber es war fraglich, ob sie praktisch sei. Das Durchlassen der Fahrzeuge würde eine Unterbrechung der Brückenpassage von etwa 100 Tagen im Jahre (den Tag zu 16 St. gerechnet) zur Folge haben; in solchen Tagen passiren aber die Brücke (von dem Eisenbahnverkehr abgesehn) eine Million Fußgänger und 40,000 Fuhrwerke. Ein beweglicher Durchlaß würde also den eigentlichen Zweck einer stehenden Brücke vereitelt haben. Die rechtliche Seite der Frage beruht auf Art. 67 der Rheinschiffahrtsakte, wonach weder durch Mühlen und dgl., noch „sonstige Kunstanlagen irgend einer Art" jemals „eine Hemmung der Schifffahrt verursacht" werden darf. Die preußische Regierung betrachtete eine stehende Brücke nicht als eine

solche Kunstanlage; aber von andern Seiten, „von einem Theil des rheinischen Schifferstandes und von den Regierungen mehrerer Rheinuferstaaten" wurde die entgegengesetzte Ansicht aufgestellt. Eine Vermittelung erfolgte: die Schiffer werden für die bei einer stehenden Brücke ohne beweglichen Durchlaß erforderlichen Vorkehrungen an ihren Fahrzeugen nach einer festen Norm (für Dampfer nach der Pferdekraft, für Segelschiffe nach der Ladungsfähigkeit) von Preußen entschädigt; das Eisenbahn-Commissariat in Köln setzt diese Entschädigung endgiltig fest. Der Vorschlag Preußens, daß diese Entschädigung als Vorschuß angesehen und — nach event. Anlagen von gleichartigen Werken bei Mainz, Mannheim, Straßburg — auf diese Werke als Generalkosten vertheilt werden solle, ist von den andern Staaten abgelehnt. — Die Regierung bezeichnet die jetzige Uebereinkunft als ein befriedigendes Ergebniß. Die Lasten für die Staatskasse werden voraussichtlich nicht 370,000 Thlr. übersteigen; zur Deckung gewähren die laufenden Einnahmen des Eisenbahnfonds ausreichende Mittel. Für das Geldopfer sieht die Regierung in der völkerrechtlichen Sicherstellung der für den europäischen Verkehr so wichtigen Brücke eine hinlängliche Entschädigung; sie hat auch die Genuthuung, daß ihre erst so angefeindete Entschließung wegen der Konstruktion der Brücke nunmehr von den technischen Autoritäten sämmtlicher Rheinuferstaaten als die einzig zweckmäßige anerkannt ist. — Der Vollzug dieser Uebereinkunft hat ohne die vorherige Zustimmung des Landtages stattfinden müssen, weil Umstände, deren Beseitigung nicht in ihrer Macht lag, die Unterzeichnung der bereits am 8. April v. J. formulirten Uebereinkunft bis zum 7. Mai verzögert und dadurch die Vorlegung an den vorjährigen Landtag unmöglich gemacht haben. Mit dem Vollzug durfte aber nicht gezögert werden. Die Regierung bittet nun um nachträgliche Zustimmung. Eine ausführliche Beschreibung der Brücke ist der Denkschrift beigefügt.

Im Hause der Abgeordneten sind folgende Berichte im Druck und kommen demnächst zur Vertheilung: Der Bericht der Budget-Commission über die Domänen und Forsten, der vierte Bericht der Petitions-Commission, der zweite Petitonsbericht der Justiz-Commission und die ersten Petitionsberichte der Agrar- und Unterrichts-Commission. In dem letzteren ist die vielbesprochene Angelegenheit des Privat-Docenten Dr. Beckhaus erörtert; die Commission beantragt Ueberweisung seiner Petition an den Kultusminister „zur Berücksichtigung." — Der fünfte Bericht der Petitions-Commission ist gestern zur Verlesung gekommen; für die nächste Zeit sind damit die Geschäfte dieser Commission erledigt.

Die Abg. v. Grävenitz und Karsten haben einen vielfach (namentlich von schlesischen Abgeordneten) unterstützten Antrag eingebracht, die Erwartung auszusprechen: „daß die Regierung dem Bau der bereits mittelst Kabinetsordre vom 14. Februar 1855 genehmigten schlesischen Gebirgs-Eisenbahn von Görlitz über Lauban, Greiffenberg, Hirschberg, Landeshut nach Waldenburg die thunlichste Unterstützung und Berücksichtigung zu Theil werden lassen wird." Nach den Motiven ist diese Bahn, welche acht an gewerblichen Unternehmungen und Bergwerksschätzen überaus reiche Kreise durchschneidet, seit einer Reihe von Jahren eine Lebensfrage für diese Kreise geworden; sie ist hauptsächlich auf die weitere Erschließung des bedeutenden Kohlen- und sonstigen Bergbaues des waldenburger, landeshuter und hirschberger Kreises, sowie auf die Hebung der umfassenden Industrien aller von ihr zu berührenden Kreise basirt, und durch sie allein kann den stets wiederkehrenden Nothständen begegnet werden, welchen gegenwärtig die zahlreiche gewerbtreibende Bevölkerung des schlesischen Gebirges immer aufs Neue unterworfen wird. Die Kosten dieser Bahn sind auf 7 Mill. 300,000 Thlr. veranschlagt; nach Erlaß jener Kabinetsordre sind auf Rechnung der betreffenden Kreise die Vorarbeiten ausgeführt und die Linie bereits festgestellt. Aber allmälig hat sich bei den veränderten Verhältnissen des Geldmarkts die Ueberzeugung feststellen müssen, daß ohne Hilfe und Unterstützung des Staats die Ausführung des Baues auf viele Jahre hinausgeschoben sei. Ohne bestimmt formulirte Anträge, und namentlich ohne Bewilligung einer entsprechenden Zinsgarantie zu beanspruchen, wollen die Antragsteller nur bei den demnächst zu erwartenden Berathungen über Eisenbahn-Unternehmungen, welche das Interesse Schlesiens nahe berühren, die Aufmerksamkeit des Hauses im Voraus auf diese Bahn lenken.

Oesterreich.

Wien, 10. Februar. Bekanntlich hat vor Kurzem das englische Kabinet eine Note an Sardinien und Oesterreich gerichtet, durch welche diesen Mächten gegenseitige Mäßigung angerathen wurde. Diese Note hat nun, wie ich höre, österreichischerseits bereits ihre Erledigung durch eine Depesche gefunden, welche gestern nach Berlin abgegangen ist. Oesterreich soll in derselben die Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, dem französischerseits kund gegebenen Wunsche zur Räumung der Legationen bis auf die vertragsmäßig festgesetzten Garnisonsplätze zu willfahren, und ersucht das berliner Kabinet, sich der Mühe unterziehen zu wollen, diesen Schritt der großen Mäßigung Oesterreichs zur Kenntniß des Grafen Walewski zu bringen. Zu bemerken ist übrigens noch, daß in dieser Depesche die von Frankreich gewünschten Reformen im Kirchenstaate in keiner Weise berührt wurden, sondern sich dieselbe jenen Anschauungen anschließt, die im englischen Unterhause offen ausgesprochen wurden. (Solche Reformen wurden auch im Parlamente verlangt.) Wie ferner aus vertraulichen berliner Briefen erhellt, scheint die Verzögerung in der Abreise des Grafen Pourtalès auf seinen Gesandtschaftsposten durch die oben erwähnte, nach Berlin signalisirte Depesche motivirt worden zu sein, und dürfte nach deren Einlangen der Graf sich sofort nach Paris begeben. (K.Z.)

Frankreich.

Paris, 10. Februar. Die Lage der Dinge ist dieselbe wie schon seit einiger Zeit. Es ist nichts hinzugetreten, was dieselbe in einem neuen Lichte erscheinen lassen könnte. Es sind Unterhandlungen im Gange, um einer Friedensstörung zuvorzukommen, während die militärischen Vorbereitungen für den Fall fortdauern, daß eine Verständigung nicht erreicht würde. Da die diplomatischen Bemühungen, um zu einer Ausgleichung über die schwebenden Streitfragen zu gelangen, bis jetzt noch ein Geheimniß der Kabinette sind, die Rüstungen aber fortgesetzt zu werden scheinen, so ist es natürlich, daß das Publikum mehr von Kriegsbefürchtungen als Friedenshoffnungen in Bewegung gesetzt wird, obgleich daraus noch keineswegs folgt, daß erstere mehr Wahrscheinlichkeit als letztere hätten. Der Wunsch nach Erhaltung des Friedens wiegt in den aufgeklärten und besitzenden Klassen des französischen Volkes vor. Die offiziöse Presse ihrerseits fordert zum innigsten Anschlusse und Vertrauen zum Kaiser auf, weil ein auch nur leiser Mißklang in dieser Beziehung Frankreichs Stellung zum Auslande schwächen könnte. Von einem solchen Gedanken scheint ein Artikel der „Patrie" eingegeben zu sein, der sich gegen den Verdacht erhebt, als gäbe es in den höheren Regierungskreisen zwei Parteien, von denen die eine sich mehr zum Frieden, die andere mehr zum Kriege hinneige. Diese Voraussetzung sei irrig. Die großen Staatskörper wären durch und durch von der Gesinnung erfüllt, die der Kaiser in der Thronrede ausgesprochen habe. Alle wollen den Frieden, aber einen Frieden, der mit der Ehre und den Interessen Frankreichs verträglich ist. Daß Napoleon III. die Neigung zum Frieden theile, könne von Niemand bezweifelt werden, der sich der Mäßigung erinnert, die er seit zehn Jahren bei so vielen Gelegenheiten an den Tag gelegt habe. Aber in der gegenwärtigen Lage Europa's wäre es nicht angemessen, aus der Liebe zum Frieden gewissermaßen ein System zu machen, ihn als unentbehrlich und unumgänglich nothwendig für Frankreich und die kaiserliche Regierung hinzustellen. Man setze sich dadurch der Gefahr aus, den Einfluß Frankreichs im Rathe der Völker zu vermindern und die fremden Mächte zu unberechtigten Forderungen zu veranlassen. Die italienische Frage enthalte verschiedene Elemente: ein religiöses, ein politisches und noch ein anderes, bei dem es sich um den französischen Einfluß und das europäische Gleichgewicht handele. — Das geeignetste Mittel, den Frieden zu erhalten, sei die Uebereinstimmung zwischen der Nation und dem Kaiser, beide durch die öffentliche Meinung mit einander verbunden. — Die eben erst erschienene Broschüre Emil de Girardin's: „La guerre", wird durch die Kühnheit, mit der sie sich gegen de la Gueronniere und die Kriegspartei erklärt, nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen. Girardin bespricht den Charakter, welchen der Krieg haben könnte, als Angriff, als Vertheidigung, als bewaffnete Dazwischenkunft. Er giebt zu verstehen, daß ein Krieg, wie der, an dessen Möglichkeit man glaubt, ein Angriffskrieg, und für Frankreich ohne Ergebniß sein würde. Ein Angriffskrieg ohne Eroberungen sei aber ein Unding, der Friede dagegen das einzige Mittel des Fortschrittes. Eine bewaffnete Dazwischenkunft, wie man geneigt sein könnte, einen Angriff Frankreichs auf Oesterreich anzusehen, habe aber, wie die Geschichte lehrt, noch nie seinen Zweck erreicht und sei immer ein Fehler gewesen. — Es war schon mehrmals davon die Rede, die Diäten der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers in eine fixe Remuneration von 10,000 Fr. jährlich zu verwandeln. Graf Morny ist mit diesem Antrage neuerdings in den Büreaus hervorgetreten, hat jedoch dessen Annahme nicht durchsetzen können. — Der „Independance" wird von hier aus mitgetheilt, daß von einer Verbindung des Königs von Sardinien mit der ältesten Tochter der Großfürstin Marie, Wittwe des Prinzen Eugen Beauharnais, ernstlich die Rede sei. Die achtzehnjährige Prinzessin ist durch ihre Mutter, eine Enkeltochter des Kaisers Nikolaus, und durch ihren Vater mit Napoleon III. verwandt.

Rußland.

nw **St. Petersburg**, 5. Februar. Im „Journal für Actionaire" sind interessante Angaben über Actien-Compagnien enthalten; darunter war die russisch-amerikanische die erste, im Jahre 1799 gegründet. 1856 traten 6 Actien-Compagnien ins Leben: im Jahre 1857 geschah ein Gleiches. Gegenwärtig sind 90 Societäten auf Actien in voller Kraft. Die erwähnungswerthesten davon haben wir früher schon genannt und die Höhe ihres Betriebskapitals, so wie ein Resumé ihrer Pläne und Anlage gegeben. — Dreißig Gesellschaften verdanken dem Jahre 1858 ihr Leben.

Ein neuer Beweis von der großen Toleranz des Kaisers von Rußland ist die Bestimmung, daß in den Städten Tauriens Feodosia, Perekop und Simpheropol die Bürgermeister (golova), die jedesmal auf einen Zeitraum von 3 Jahren gewählt werden, einmal aus der christlichen, das anderemal aus der tartarischen Bevölkerung genommen werden sollen. Doch kann der einmal Gewählte bei allgemeiner Zustimmung noch ein zweites Triennium im Amte bleiben.

S. **Moskau**, 1. Febr. Ueberall hört man, daß die Bauern heimlich zusammenkommen und sich in Betreff der Enthaltung der Spirituosen berathen. Die Entrüstung der Pächter ist allgemein und wird und muß einen baldigen Regierungsbeschluß nach sich ziehen, der auf alle Fälle ganz und gar geeignet sein wird, der Bauern-Emanzipation Vorschub zu leisten. — In Kischeneff (in Bessarabien) ist am 15. Dezember v. J. eine aus 4 Mitgliedern bestehende besondere Kommission zusammengetreten, um ein Projekt über die Verbesserung der Lage der leibeigenen Zigeuner dieses Distrikts auszuarbeiten.

≏ **Warschau**, 12. Februar. Ein kais. königl. Befehl vom 2. Januar ernennt den Fürsten Alexander Beresznievich, Assessor im geistlichen Konsistorium zu Wilna, zum Weihbischof der römisch-katholischen telszewskischen Diözese, den Fürsten Maximilian Staniewski, Patron der römisch-katholischen Pfarre zu St. Catharina in St. Petersburg, zum Weihbischof der römisch-katholischen mohilewskischen Diözese, und endlich den Fürsten Stanislaus Krasinski, Kanonikus und Assessor des römisch-katholischen Collegii der geistlichen Angelegenheiten, zum Bischof der römisch-katholischen filehne-wilenskischen Diözese.

Berlin, 14. Februar. Die Stimmung, welche in dem gestrigen Privatverkehr herrschte, übertrug sich auch auf die heutige Börse und hielt bis in die zweite Hälfte der Geschäftszeit an. Erst mit dem Bekanntwerden der londoner Depesche nahm die Stimmung einen festeren Ton an, die Verkaufslust, welche vorher besonders in Oesterreichischen Effekten erkennbar war, trat zurück, und in gleichem Maße wurde Nachfrage lebhafter. Die Folge war, daß die vorher ohnehin nur mäßig gewichenen Course sich rasch hoben, und daß auch den übrigen Effekten sich eine größere Festigkeit mittheilte. Indessen blieben diese doch meist unbelebt, und nur für einzelne schwere Eisenbahnaktien war wieder Begehr bemerkbar, der jedoch nicht zu großen Umsätzen führte. Im Allgemeinen hatte die Börse nur sehr mäßige Lebhaftigkeit. Geld erhält sich flüssig, diskontirt wurde Mehreres zu 3 und 2¾ %.

Oesterreichische Credit, von Wien 211, 70 gemeldet, eröffneten zum Schluß-Cours vom Sonnabend (101¾), wichen auf 101, schlossen aber 102½. Zu dem letzteren Course waren die Umsätze sehr bedeutend, doch fehlte es dazu nicht an Abgebern, zu 102¼ und selbst 102⅜ blieben jedoch noch Käufer. Vorprämien wurden gehandelt 103½—2, 104½—2½, 104—2, 103¾—2¼. Für Genfer zeigte sich Frage und wurde ¾ % mehr (56) für mäßige Posten geboten, für kleinere Posten selbst 56¼. Dessauer wichen um ½ % auf 46. Für Disc.-Comm.-Antheile zeigte sich zum Paricourse fortwährend Begehr, doch fehlten zu diesem Course Verkäufer. Im Uebrigen können wir meist von einer festen Haltung in Creditaktien berichten, doch fehlten Umsätze fast ganz. Begehr zeigte sich für Schlesische Bank, die mit 81½ nicht gegeben wurden. Meininger und Koburger blieben zu den letzten Coursen offerirt. Darmstädter waren nur in sehr beschränktem Verkehr, doch blieben ¼ über dem letzten Course mit 86½ Käufer.

In Notenbank-Aktien haben wir heute etwas mehr Geschäft als sonst wahrgenommen. Preuß. Bank-Antheile wurden 1½ % besser als Sonnabend mit 138 gehandelt, ein Posten Königsberger mit 83½, für kleine Posten wurde ¼ mehr geboten; für Darmstädter Zettelbank war gleichfalls ¼ mehr (89¾) zu bedingen. Frage war auch für Weimarische, die ½ % höher (93¼) gesucht wurden. Danziger wichen um ½ % auf 81½, während sonst im Allgemeinen auch die Notenbankaktien heute mehr Festigkeit zeigten.

In Oesterr. Staatsbahn waren die Umsätze sehr belangreich. Man eröffnete auf die wiener Notirung (231, 30) mit 147, und wurden zu diesem Course große Posten verkauft. Später drückten sich die Course selbst noch um ¼ Thlr., schließlich waren aber zu 148¼ noch Nehmer, nachdem bis 148½ bezahlt worden war. Von den kleinen Spekulationspapieren gingen nur Wittenberger lebhafter um, in einem Posten jedoch 1% unter der Schlußnotiz von Sonnabend, zu 41¾. Der Regel nach behauptete sich der Cours zwischen 42 und 42¼. Mecklenburger und Nordbahn hielten sich auf den letzten Coursen. In Nordbahn wurde mit 59 oder 1½ Vorprämie pro März abgeschlossen. Für Oppeln-Tarnowitzer wurden, da jetzt die Zinszahlung ausgeschrieben ist, 1% mehr (43) bewilligt. Nahebahn wich um ¼ %, auf 46¼. Wir verweisen in Betreff dieser Bahn auf die Nachricht über die Alsenzbahn, durch welche eine Verbindung mit den pfälzischen Linien hergestellt wird. Bexbacher wurden 1% billiger, mit 144 gegeben, es blieben aber Käufer. Anhalter waren gefragt und ¼ höher Litt. C. selbst ¼ % höher mit 102¼ nicht zu haben. Rheinische Enkel mußten 1% höher, mit 83 bezahlt werden, Stettiner gleichfalls 1% höher, mit 106, Potsdamer ½ % höher, mit 126, wozu aber Abgeber waren. Köln-Mindener fehlten zu 135. Oberschlesische A. und C. waren mit 127 übrig, Litt. B. dagegen blieb ½ % höher, mit 118¾ vergebens gefragt.

Die preußischen Staatspapiere waren heute gleichfalls matt. Prämien-Anleihe wich um ¼ %, auf 116½, sonst erhielt sich der Coursstand. Pfandbriefe waren zu den letzten Coursen heute eher zu erlangen, 3½% Westpreußen blieben selbst übrig. Rentenbriefe waren eher angeboten, Sächsische ¼ herabgesetzt, mit 93¾. (Bank- u. H.-Z.)

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 14. Februar 1859.

Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1400 Gl. incl. Div. Berlinische 215 Br. 200 Gl. excl. Divid. Borussia — — incl. Divid. Colonia 995 Gl. incl. Div. Elberfeld. 165 Gl. incl. Div. Magdeburger 210 Br. incl. Div. Stettiner National- 97 Gl. incl. Div. Schlesische 100 Br. incl. Div. Leipziger 480 Br. incl. Div. Rückversicherungs-Aktien: Aachener — — incl. Div. Kölnische 96 Br. incl. Div. Allgemeine Eisenbahn- und Lebensversich. 100 Br. — — Hagelversicherungs-Aktien: Berliner 80 Br. incl. Divid. Kölnische 98 Gl. incl. Div. Magdeburger 50 Br. incl. Div. Ceres — — incl. Div. Fluß-Versicherungen: Berliner Land- und Wasser- 280 Br. incl. Div. Agrippina 123½ Gl. incl. Div. Niederrheinische zu Wesel — — incl. Div. Lebens-Versicherungs-Aktien: Berlinische 450 Br. incl. Div. Concordia (in Köln) 101¾ Gl. incl. Div. Magdeburger 100 Br. incl. Div. Dampfschifffahrts-Aktien: Ruhrorter 112½ Br. incl. Div. Mühlheim. Dampf-Schlepp- 101½ Br. incl. Div. Bergwerks-Aktien: Minerva 49 Br. Hörder Hütten-Verein 102½ Br. incl. Div. Gas-Aktien: Continental- (Dessau) 89 Br.

Die Börse, zu Anfang flau gestimmt, gewann gegen Schluß eine festere Haltung und mehrere Aktien schlossen wieder besser. — Ein Posten Neustädter Hütten-Aktien ist à 55% bezahlt worden. — Minerva-Bergwerks-Aktien blieben à 49% offerirt.

Berliner Börse vom 14. Februar 1859.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	99⅞ G.
Staats-Anl. von 1850	4½	100¼ bz.
dito 1852	4½	100¼ bz.
dito 1853	4	94½ B.
dito 1854	4½	100¼ bz.
dito 1855	4½	100¼ bz.
dito 1856	4½	100¼ bz.
dito 1857	4½	100¼ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	84⅝ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	— — —
Pfandbr. Kur. u. Neumärk.	3½	86½ bz.
Pfandbr. dito dito	4	94¼ G.
Pfandbr. Pommersche	3½	85¾ bz.
Pfandbr. dito neue	4	93½ bz.
Pfandbr. Posensche	4	99⅛ G.
Pfandbr. dito	3½	88⅛ G.
Pfandbr. dito neue	4	89⅜ G.
Pfandbr. Schlesische	3½	85¼ G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	93⅝ bz.
Rentenbriefe Pommersche	4	93½ B.
Rentenbriefe Posensche	4	92 à 92⅛ bz.
Rentenbriefe Preussische	4	93⅛ G.
Rentenbriefe Westf. u. Rhein.	4	— — —
Rentenbriefe Sächsische	4	93¾ B.
Rentenbriefe Schlesische	4	93½ bz.
Friedrichsd'or	—	113⅓ bz.
Louisd'or	—	109⅜ bz.
Goldkronen	—	9. 5¼ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	74 bz. u. G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	105 G.
dito Nat.-Anleihe	5	76⅛ à ⅛ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	110¼ B.
dito 5. Anleihe	5	104 bz.
do.poln.Sch.-Obl.	4	85¾ etw. bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	90 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	88 G.
dito à 300 Fl.	5	92½ G.
dito à 200 Fl.	—	22½ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	42 bz.
Baden 35 Fl.	—	31½ bz.

Actien-Course.

	Div. 1857	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	78 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	31 à 31¼ bz.
Amst.-Rotterd.	4	4	70 bz.
Berg.-Märkische	3½	4	75½ bz.
dito Prior.	—	5	102½ bz.
dito II. Em.	—	5	102½ bz.
dito III. Em.	—	3½	75½ bz.
Berlin-Anhalter	9	4	108 bz.
dito Prior.	—	4	92¾ G.
Berlin.-Hamburg	6	4	104½ bz. u. B.
dito Prior.		4½	102¾ G.
dito II. Em.	—	4½	— — —
Berl.-Ptsd.-Mgd.	9	4	126 bz. u. B.
dito Prior.A.B.	—	4	90¼ G.
dito Lit. C.	—	4½	99 B.
dito Lit. D.	—	4½	98½ bz.
Berlin-Stettiner	9 7/12	4	106 bz.
dito Prior.	—	4½	— — Sr. II. 84 bz.
Breslau-Freib.	5	4	88 B. 87¾ G.
dito neueste	—	4	— — —
Köln-Mindener	9	3½	135 G.
dito Prior.	—	4½	— — —
dito II. Em.	—	5	103 B.
dito II. Em.	—	4	89⅛ B.
dito III. Em.	—	4	85 bz.
dito IV. Em.	—	4	85¼ B.
Düsseld.-Elberf.	—	4	— — —
Franz. St.-Eisnb.	8½	5	146¾ à 148¼ bz.
dito Prior.	—	3	264 bz. u. G.
Ludw.-Bexbach	10	4	144 bz. u. G.
Magd.-Halberst.	13	4	182½ etw. bz.
Magd.-Wittenb.	½	4	42¼.41¾.42⅛ bz.
Mainz-Ludw. A.	5	4	91 bz.
dito dito C.	5	5	89 G.
Mecklenburger	2	4	50¾ B. 50½ G.
Münster-Hamm.	4	4	91¾ bz.
Neisse-Brieger	3½	4	54 à 54½ bz.
Neust.-Weissb.	—	4½	— — —
Niederschles.	4	4	93 bz.
do.Pr.Ser.I.II.	—	4	92½ bz.
do.Pr.Ser.III.	—	4	90 B.
do.Pr.Ser.IV.	—	5	— — —

	Div. 1857	Z.-F.	
N.-Schl. Zwgb.	—	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	2⅔	4	57¾ à ¼ à ⅛ bz.
dito Prior.	—	4½	100¼ G.
Oberschles. A.	13	3½	127 bz. u. B.
dito B.	13	3½	118¾ G.
dito C.	13	3½	127 bz. u. B.
dito Prior. A.	—	4	90 B.
dito Prior. B.	—	3½	79 B.
dito Prior. D.	—	4	85½ B.
dito Prior. E.	—	3½	75½ bz.
dito Prior. F.	—	4½	93 bz.
Oppeln-Tarnow.	—	4	42 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	1⅛	4	61 bz.
dito Prior. I.	—	5	— — —
dito Prior II.	—	5	— — —
dito Prior. III.	—	5	— — —
Rheinische	6	4	85 B.
dito (St.) Pr.	—	4	89 G.
dito Prior.	—	4	— — —
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.	—	4	56¼ bz.
Ruhrort-Crefeld.	4¾	3½	87 B.
dito Prior. I.	—	4½	— — —
dito Prior II.	—	4	— — —
dito Prior. III.	—	4½	91½ B.
Russ. Staatsb.	—	—	— — —
Starg.-Posener	5½	3½	85½ B.
dito Prior.	—	4	— — —
dito Prior. II.	—	4½	— — III.E.93⅞bz.
Thüringer	7	4	105½ G.
dito Prior.	—	4½	100 G.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito IV. Em.	—	4½	95¼ bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	50¼ bz.
dito Prior.	—	4	79¼ G.
dito III. Em.	—	4½	84 B.
dito Prior. St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1857	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	8	4	122½ G.
Berl. Hand.-Ges.	5⅙	4	80 bz. u. G.
Berl.W.-Cred. G.	—	5	92½ bz.
Braunschw. Bnk.	6⅙	4	102½ B.
Bremer „	7⅕	4	98½ G.
Coburg Crdtb.A.	4	4	78 B.
Darmst.Zettel-B.	4	4	89¾ G. i.D.
Darmst.(abgest.)	5	4	86½ bz.
dito Berechtg.	—	—	— — —
Dess. Creditb. A.	—	4	45½ bz i.D.
Disc.-Cm.-Anth.	5	4	100 à 100¼ bz.
Genf. Creditb.-A.	5½	4	55½,56bz.u.B, i.D.
Geraer Bank	5	4	81 G.
Hamb.Nrd.Bank	3⅕	4	83⅝ bz.
„ Ver.- „	4	4	97¾ G. i.D.
Hannov. „	5	4	95¼ G. i.D.
Leipz. „	—	4	68½ G. i D.
Luxembg. Bank	4	4	76¾ B.
Magd. Priv.-B.	3 2/7	4	83½ G.
Mein.Creditb.-A.	6⅔	4	78½ B.
Minerva-Bgw. A.	—	5	49¼ B.
Oesterr Crdtb.A.	5	5	101¾.101.102¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	—	4	81½ B.
Preuss. B.-Anth.	8 11/15	4½	138 bz.
Preuss. Hand.-G.	0	4	— — —
Schl. Bank-Ver.	5⅕	4	81½ G.
Thüringer Bank	4¾	4	71½ bz. u. B.
Weimar. Bank	5¼	4	93¼ G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	142½ bz.
dito	2 M.	142¼ bz.
Hamburg	k. S.	152¼ bz.
dito	2 M.	151¼ bz.
London	3 M.	6. 21 bz.
Paris	2 M.	79⅝ G.
Wien österr. Währ.	2 M.	95⅞ bz.
dito 20 Fl.-Fuss	2 M.	94⅝ bz.
Augsburg	2 M.	56. 22 G.
Leipzig	8 T.	99¾ G.
dito	2 M.	99⅓ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3W.	101½ bz.
Bremen	8 T.	109⅜ bz.

Berlin, 14. Februar. **Roggen** loco 46¾—47¼ Thlr. bez., Februar 46⅝—46½ Thlr. bezahlt und Br., 46¼ Thlr. Gld., Februar-März 46¼—46 Thlr. bez. und Gld., 46¼ Thlr. Br., April-Mai 45¾—45½—45⅝ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 46—45¾ Thlr. bez. und Gld., 46 Thlr. Br., Juni-Juli 46¾—46½—46¾ Thlr. bez., Br. und Gld.

Rüböl loco 15¼ Thlr. bez., Februar 15—14¹¹⁄₁₂ Thlr. bezahlt und Gld., 15 Thlr. Br., Februar-März 14⅚—14¾ Thlr. bez., 14⅚ Thlr. Br., 14⅔ Thlr. Gld., März-April 14¾ Thlr. Brief, 14⅔ Thlr. Gld., April-Mai 14⅔—14¹³⁄₂₄ Thlr. bez., 14⅔ Thlr. Br., 14½ Thlr. Gld., Sept.-Oktober 13¾ Thlr. bez. u. Gld., 13⅞ Thlr. Br.

Spiritus loco 19½—19⅔ Thlr., Februar und Febr.-März 19½ Thlr. Br. und Gld., März-April 19¾ Thlr. bez. und Br., 19⅔ Thlr. Gld., April-Mai 20—19⅞ Thlr. bez. und Gld., 20 Thlr. Br., Mai-Juni 20⅓—20¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 21—20¾ Thlr. bez. und Br., 20⅝ Thlr. Gld., Juli-August 21¼ Thlr. bezahlt und Gld., 21½ Thlr. Br.

Roggen loco wenig Umsatz, Termine Anfangs billiger, schließt etwas fester. — **Spiritus** loco behauptet, Termine etwas niedriger. — **Rüböl** in matter Haltung.

Stettin, 14. Februar. **Weizen** unverändert, loco pr. 85pfd. neuer gelber 82/83pfd. 56½—57 Thlr. bezahlt, bessere Qualität 57½—58 Thlr. pr. 85pfd. bez., pr. Frühjahr 83/85pfd. gelber 61¾ Thlr. bez., 85pfd. 64½ bez.

Roggen matter, loco pr. 77pfd. 44—44¼ Thlr. bez., 77pfd. pr. Frühjahr 44—43¾ Thlr. bez., 44 Thlr. Br., pr. Mai-Juni 44 Thlr. bez. und Gld., pr. Juni-Juli 45 Thlr. bez., pr. Sept.-Oktbr. 47 Thlr. Br.

Gerste Abladungen von Vorpommern große pr. 70pfd. 38 Thlr. bez., 69/70pfd. pr. Frühjahr 37½ Thlr. Gld.

Hafer loco pommerscher 32½ Thlr. Gld., pr. Frühjahr pomm. 47/50pfd. 32 Thlr. Gld.

Rüböl matt, loco 15 Thlr. Br., pr. April-Mai 14½ Thlr. Br., pr. September-Oktober 13¾ Thlr. bez.

Spiritus fest, loco ohne Faß 19⅛—19—18⅞ % bez., mit Faß 19—18⅞ % bez., pr. Frühjahr 18⅝—18⁹⁄₁₆—18½ % bez. und Gld., 18⁷⁄₁₆ % Br., pr. Mai-Juni 18¾ % bezahlt und Gld., 18⅞ % Br., pr. Juni-Juli 17¾ % Gld. und Br., pr. Juli-August 17¼ % Br.

Leinöl loco inkl. Faß 12⅓ Thlr. Br.

Baumöl Catanzago 15 Thlr. tr. bez.

Palmöl, 1ma liverpooler 15⅚ Thlr. bez., auf Lieferung 15¼ Thlr. bez.

Speiseöl 28 Thlr. transf. bez.

Pottasche, 1ma Casan 9⅚ Thlr. bez.

Blauholz, Campeche 2⅔ Thlr. bez.

≃ **Breslau**, 15. Februar. [Produktenmarkt.] In träger Haltung für sämmtliche Getreidekörner, bei unveränderten Preisen, nur für beste Sorten Roggen einige Kauflust. — Oelsaaten behauptet. — Kleesaaten rother Farbe flauend, für weiße Saat guter Begehr, Preise ziemlich unverändert. — Spiritus ruhiger, loco 8⅚ G., Februar 8⅓ B.

Weißer Weizen 85—95—100—105 Sgr., gelber 75—85—90—92 Sgr., Brenner- und neuer dgl. 38—45—50—54 Sgr. — Roggen 54—57—60 bis 63 Sgr. — Gerste 48—52—54—56 Sgr., neue 36—40—44—47 Sgr. — Hafer 40—42—44—46 Sgr., neuer 30—33—36—40 Sgr. — Kocherbsen 75—80—85—90 Sgr., Futtererbsen 60—65—68—72 Sgr. nach Qualität und Gewicht.

Winterraps 120—124—127—130 Sgr., Winterrübsen 105—115—120 bis 124 Sgr., Sommerrübsen 80—85—90—93 Sgr. nach Qualität u. Trockenheit

Rothe Kleesaat 14½—16½—17½—19 Thlr., weiße 19—23—27—28 Thlr Thymothee 11½—12½—13—13½ Thlr.

---

§ **Die neuesten Marktpreise aus der Provinz.**

Glaz. Weizen 75—105 Sgr., Roggen 45—60 Sgr., Gerste 36—44 Sgr., Hafer 33—38 Sgr.

Görlitz. Weizen 70—100 Sgr., Roggen 55—65 Sgr., Gerste 45 bis 48¾ Sgr., Hafer 30—37½ Sgr., Erbsen 90—102½ Sgr., Kartoffeln 16—20 Sgr., Schock Stroh 9—9½ Thlr., Heu 30—42½ Sgr., Pfund Butter 7—8 Sgr.

Redakteur und Verleger: C. Zäschmar in Breslau.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.